

## Substanzielles Protokoll 100. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 16. Dezember 2011, 20.30 Uhr bis 23.54 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Alain Kessler (FDP), Bruno Sidler (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |     |                          |  |     |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1.  |                          | Mitteilungen   |     |
| 8.  | <a href="#">2011/345</a> | Weisung vom 21.09.2011:<br>Voranschlag (Budget) 2012   | FV  |
| 10. | <a href="#">2010/34</a>  | E/A Postulat von Christine Seidler (SP) vom 20.01.2010:<br>Soziale Nachhaltigkeit auf Quartier- oder Siedlungsebene,<br>Erarbeitung von Leitbildern  | VHB |
| 11. | <a href="#">2010/94</a>  | A/P Motion der FDP-Fraktion vom 10.02.2010:<br>Stadtpolizei, Aufstockung des Polizeibestands, Schaffung einer<br>Polizei-Pikett-Gruppe und Verbesserung der Zusammenarbeit<br>mit der Kantonspolizei | PV  |
| 14. | <a href="#">2011/269</a> | A Postulat von Urs Rechsteiner (CVP) und Markus Hungerbühler<br>(CVP) vom 06.07.2011:<br>Aufhebung der Fachstelle «Kunst und Bau»  | VHB |
| 17. | <a href="#">2011/376</a> | A Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Roland Scheck (SVP)<br>vom 05.10.2011:<br>Ausrüstung von Polizeiangehörigen im unfriedlichen<br>Ordnungsdienst mit Kopfkameras als Pilotversuch             | PV  |
| 20. | <a href="#">2011/443</a> | A Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Roland Scheck (SVP)<br>vom 30.11.2011:<br>Sicherstellung der Submissionsverfahren bei der Sanierung der<br>Lichtsignalanlagen                               | PV  |
| 25. | <a href="#">2011/453</a> | A Postulat von Dr. Richard Wolff (AL) vom 07.12.2011:<br>Leitlinien für eine quartier- und sozialverträgliche Verdichtung  | VHB |

37. [2011/480](#) E Postulat von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 12.12.2011: PV  
Stadtpolizei Zürich, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der Anschaffung der Einsatzfahrzeuge KP Front

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

## Geschäfte

2094. **2011/345**  
**Weisung vom 21.09.2011:**  
**Voranschlag (Budget) 2012**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 99 vom 16.12.2011, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Beschlüsse:

2123. **2010/94**  
**Motion der FDP-Fraktion vom 10.02.2010:**  
**Stadtpolizei, Aufstockung des Polizeibestands, Schaffung einer Polizei-Pikett-Gruppe und Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Roger Tognella (FDP)** begründet namens der FDP-Fraktion die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 5567/2010): Die städtischen Krawalle im Februar 2010 verursachten bei den Gewerbetreibenden enorme Schäden. Die Stadtpolizei musste intervenieren, jedoch standen ihr nicht so viele Einsatzkräfte zur Verfügung. Wir fordern deshalb eine Aufstockung des Polizeikorps. Eine Evaluation im Kommando soll ergeben, wie viele PolizistInnen mehr benötigt werden. Dazu müssen die Polizeikorps untereinander besser verknüpft werden. Die Polizeischulen haben schon mit der Zusammenarbeit begonnen. Doch es sind weitere Vernetzungen notwendig, auch wenn der Stadtrat versichert, dass diese Zusammenarbeit schon passiere und sich in Zukunft noch verstärken würde.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Ich werde mich nicht auf die Zahl der benötigten Stellen festlegen, bis das Konzept dazu steht. Ich möchte in einer breiten Analyse erörtern, was die Aufgabe der Stadtpolizei ist, wo sie welches Leistungsniveau erreichen will und wie viele Ressourcen sie dafür braucht. Ein schlagartiger Zuwachs, also dass man einfach die besten 30 AnwärterInnen nimmt, ist völlig illusorisch. Die Leute müssen ausgebildet*

werden, man benötigt LehrerInnen und Klassenzimmer. Gerade auch in der von Ihnen geforderten Zusammenarbeit mit den Polizeischulen, wo man Kontingente festlegt, wo man mit dem kantonalen Korps zusammenarbeitet, kann man nicht einfach spontan die doppelte Anzahl einstellen. Am schnelleren Abruf der Einsatzkräfte im Krisenfall ist die Stadtpolizei dran. Mit dem Budget soll ein neues Pikett-Alarmierungskonzept per Handy erarbeitet werden. Die Zusammenlegung der wissenschaftlichen Dienste ist der nächste Schritt zur engeren Zusammenarbeit. Im Moment läuft noch die Vernehmlassung; die Weisung wird folgen.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Davy Graf (SP):** So chaotisch wie die Zustände waren, die zu dieser Motion geführt haben, so chaotisch ist die Formulierung der Motion. Die SP beantragt eine Textänderung und zwar die Streichung des zweiten und dritten Satzes. Wir wären dann bereit, zusammen mit der FDP, die Stellenplafonierung beim Stadtpersonal aufzuheben und die Stellen zu bewilligen.

**Roger Tognella (FDP):** Wir nehmen die Textänderung der SP an. Es ist hier aber nicht von einer Stellenplafonierung die Rede; wir diskutieren über Polizeistellen. Es gibt einzelne Parteien, die immer gegen die Schaffung neuer Polizeistellen gewesen sind, z. B. die AL.

**Walter Angst (AL):** Natürlich kann man den Stadtrat damit beauftragen, uns Weisungen zuzuführen, die wir dann später in irgendwelchen Kommissionen diskutieren. Letztlich entscheiden wir aber immer noch mit dem Budget über die Anzahl der Polizeistellen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, welche die von der FDP bereits in der Budgetdebatte 09 geforderte Aufstockung des Polizeibestands für den normalen Polizeieinsatz an der Front beinhaltet. ~~Gleichzeitig soll eine Polizei-Pikett-Gruppe, analog zur Berufsfeuerwehr, für aussergewöhnliche und nicht vorhersehbare Ereignisse geschaffen werden. Um den Personalbestand nicht unnötig aufzustocken, sollte eine noch bessere Zusammenarbeit mit der Kapo in Betracht gezogen werden.~~

Die Motion wird mit 90 gegen 32 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

---

#### **2094. Antrag 103.**

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Kurt Hüssy (SVP):** Dank des Freizügigkeitsabkommens ist die Anzahl Prostituierter aus den neuen EU-Ländern um das Vierfache gestiegen. Für Abklärungen, ob die Anforderungen für DienstleistungserbringerInnen erfüllt sind, werden die Frauen von DolmetscherInnen befragt. Die so verursachten Kosten müssen die SteuerzahlerInnen berappen. Die Aufwendungen müssen von den VerursacherInnen, also den Damen, die zum Geldverdienen hierherkommen, selbst bezahlt werden. Wir beantragen, die 55 400 Franken zu streichen.

**Florian Utz (SP):** Die SVP fordert nicht einfach eine Weiterverrechnung der DolmetscherInnenkosten, sondern die Abschaffung der DolmetscherInnen. Wenn eine solche Gebühr beantragt würde, müsste man auf einem Ertragskonto einen zusätzlichen Ertrag verbuchen. Das ist nicht im Sinne der Mehrheit, weshalb der Antrag abzulehnen ist.

S. 208 25 POLIZEIDEPARTEMENT  
 2520 Stadtpolizei  
 3018 0000 Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV)

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
103.	Antrag Stadtrat		400'400	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		55'400	345'000	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Dolmetscherkosten dürfen nicht zulasten Steuerzahler gehen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 23 Stimmen zu.

#### Antrag 104.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Wenn es laut dem Stadtrat momentan eher schwierig ist, den Personalbestand sofort aufzustocken, ist es nicht logisch, gleichzeitig den Personalwerbeetat zu vergrössern. Die Personalwerbekosten sollten auf dem Budgetniveau 2011 belassen werden.

**Urs Schmid (FDP):** Das Umfeld bei der Rekrutierung hat sich stark verändert. Die Minderheit 2 möchte aber den Antrag des Stadtrats um 150 000 Franken kürzen, was mit der ständigen Überprüfung der Werbekonzepte erreicht werden kann. Wir denken dabei an die Koordination von TV-Werbung, Kinowerbung, Onlinemedien, MitarbeiterInnenwerbung, Stellenportalen im Internet, Gratiszeitungen, klassische Printmedien, Schaukästen, Messeauftritten, Mitarbeitende werben Mitarbeiter usw.

**Florian Utz (SP):** Wir haben vorher 15 neue Polizeistellen geschaffen. Das ist eine andere Ausgangslage als 2010 oder 2011. Wenn man mehr Stellen hat, braucht man mehr Bewerbungen, um die Stellen zu besetzen. Vor allem bei der Stadtpolizei ist es so, dass nur 12 - 13 % der BewerberInnen den Kriterien genügen. Wir sollten die Werbemassnahmen jetzt verstärken. Ansonsten muss das Anforderungsprofil herunternetzt und auch Leute genommen werden, die weniger gut sind. Oder man lässt die Stellen einfach unbesetzt. Die Mehrheit erachtet beide Varianten als nicht sinnvoll und bittet daher um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Es ist eine eigenartige Interpretation der SP, die hohen Personalwerbekosten mit der Schaffung der zusätzlichen 15 Polizeistellen zu begründen. 332 000 Franken mehr Werbemassnahmen würden in diesem Fall 25 000 Franken pro Person ausmachen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Die Werbung von Personal und zwar nicht nur für die Polizei, ist im Raum Zürich ein Kampf um gute Leute in allen Bereichen. Durch die Kürzungen allein des Budgets 2011, sind bei der Polizei 25 % weniger Stellenbewerbungen eingegangen. Das ist ganz substanziell, denn man kann nicht einfach den Nächstbesten nehmen. Das Korps muss eine Auswahl treffen können, damit es in jeder Hinsicht gut qualifizierte Kräfte hat. Der Kampf wird härter. Unabhängig davon, ob wir nächstes Jahr 15

*zusätzliche Stellen haben, müssen uns für die kontinuierliche Werbung und für die Präsenz im kommunikativen Bereich, die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.*

S. 209	<b>25</b> <b>2520</b> <b>3092 0000</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Personalwerbung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>104.</b>	Antrag Stadtrat				731'000 150'000 N	Mehrheit
			332'800		548'200	Minderheit 1
			150'000		731'000	Minderheit 2
						Enthaltung

Florian Utz (SP) Referent,  
Samuel Dubno (GLP), Andrea  
Nüssli-Danuser (SP), Karin  
Rykart Sutter (Grüne),  
Christine Seidler (SP),  
Rebekka Wyler (SP)  
Vizepräsident Roger Liebi  
(SVP) Referent, Monika  
Erfigen (SVP)  
Urs Schmid (FDP) Referent,  
Präsident Dr. Urs Egger (FDP)  
Walter Angst (AL)

Begründung: SVP: Betrag gemäss Budget 2011; FDP: Werbemassnahmen prüfen

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (881'000) 65 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

#### Gemeinsame Behandlung der Anträge 105., 107. und 108.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Roger Bartholdi (SVP):** *Wir beantragen eine Erhöhung um 55 000 Franken. Wir wollen den Versuch schon 2012 machen, darum haben wir den hohen Betrag eingesetzt. Natürlich könnte man die Kameras mieten, man könnte sie auch auf drei Jahre verteilen. Doch wir finden, die Anschaffung der Helmkameras ist jetzt wichtig, dringend und notwendig.*

**Urs Schmid (FDP):** *Der Stadtrat reduziert das Budget 2012 um 880 000 Franken auf rund 4,4 Millionen Franken. Die Schaffung neuer Schutzausrüstung für den unfriedlichen Ordnungsdienst ist abgeschlossen. Es wird also kein zusätzlicher Betrag benötigt, um in weitere Begehrlichkeiten der Mehrheit zu investieren. Die Mehrheit möchte fünf neue semistationäre AVK-Anlagen bestellen in Höhe von insgesamt 1,2 Millionen Franken. Ab 2013 müssten Mehrkosten im Budget von rund 5,3 Millionen Franken berücksichtigt werden. Die Minderheit 1 ist mit dem Antrag der Mehrheit nicht einverstanden, da der Stadtrat Neuanschaffungen im Moment nicht als prioritär betrachtet.*

**Florian Utz (SP):** *Die SVP fordert neue Helmkameras und SP, Grüne und GLP setzen sich für fünf neue, semistationäre AVK-Anlagen ein. Helmkameras erscheinen uns nicht sinnvoll, denn heute gibt es eine klare Aufgabenteilung beim Polizeidienst: Die BeamtInnen an der Front und die Filmteams im Hintergrund. So können sich alle auf ihre Arbeit konzentrieren. Das erscheint uns sinnvoller, als wenn die FrontpolizistInnen auch noch gleichzeitig ihre Einsätze filmen müssen. Zweckmässig ist aber in jedem Fall die Anschaffung der fünf Radarfallen. Es gibt in Zürich pro Jahr rund 200 Schwerverletzte durch Verkehrsunfälle. Wir möchten die Menschen, ganz besonders Schulkinder, vor RaserInnenunfällen schützen. Deshalb eignet sich dieses AVK-Modell besonders gut, um Tempo-30-Gebiete und Gebiete rund um Schulen zu kontrollieren. Die fünf Millionen Franken, die ab 2013 anfallen würden, sind Mehrerträge durch Bussen. Wir haben die Busseneinnahmen für 2012 nicht budgetiert, weil es uns um die Verkehrssicherheit geht.*

Weitere Wortmeldungen:

**Roland Scheck (SVP):** Dass automatische Verkehrskontrollanlagen die Sicherheit erhöhen, ist eine verkehrsmantische Mär, die schon mehrmals widerlegt worden ist. Eine AVK-Anlage ist ein Bussengenerator, aber sicher keine sicherheitsrelevante Einrichtung. Darum lehnen wir die Beschaffung dieser zusätzlichen Anlagen ab. Die Erhöhung der Verkehrssicherheit, die die RPK-Mehrheit mit ihrem Antrag auf den Positionen 105, 107 und 108 anstrebt, lässt sich mit dieser Massnahme schlichtweg nicht realisieren.

**Mauro Tuena (SVP):** Die neuen Radarfallen am Bürkliplatz und vor der kantonalen Verwaltung haben mit Verkehrssicherheit nichts zu tun. Dort wird nicht gerast und es gibt auch im näheren Umfeld kein einziges Schulhaus. Die Fallen sind dort installiert worden, um das Budget der Stadt Zürich aufzubessern. Laut deiner Erklärung, Florian Utz (SP), sind alle Verkehrsunfälle in der Stadt RaserInnenunfälle. Ich finde es gefährlich und völlig daneben, dies so pauschal zu behaupten. Und mit dieser fadenscheinigen Begründung forderst du dann mehr Radargeräte, die eben nicht in der Nähe von Schulen aufgestellt werden. Wenn dem so wäre, hätten wir ja nichts dagegen. Wir haben einmal mit einem Postulat Tafeln gefordert, auf denen «Achtung Radarkontrolle» stehen sollte, um diese vor den jeweiligen Geräten zu postieren. Die AutofahrerInnen wären dann sicherlich langsamer gefahren. Doch damals hat sich die SP vehement dagegen gewehrt. Damit hättet ihr ja auch keine Busseneinnahmen generieren können.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Eine einzige dieser AVK-Anlagen kostet knapp 250 000 Franken. Die Anschaffung muss sich also rentieren. Wenn es um Verkehrssicherheit ginge, gäbe es günstigere Massnahmen. Es gibt z. B. Leuchttafeln, die anzeigen, wie schnell man effektiv fährt. Für das gleiche Geld könnte man Unmengen dieser Anzeigetafeln kaufen und installieren. Dies als eine Art Appell an die Selbstverantwortlichkeit der AutofahrerInnen mit einer sehr breiten Wirksamkeit. Doch die Anlagen, die man aufstellen will, sorgen nicht für Sicherheit, sondern nur für Bussen und eine Verstopfung des Verkehrs.

**Marc Bourgeois (FDP):** Die Verkehrsunfallstatistik der Stadt Zürich weist aus, dass es definitiv mehr Tote durch öffentlichen Verkehr als durch überhöhte Geschwindigkeit gibt. Die Verkehrsunfälle, die wir haben, basieren vor allem auf mangelnder Aufmerksamkeit, aber sicher nicht auf Rasertum. Und gegen mangelnde Aufmerksamkeit nützt auch ein Blitzkasten herzlich wenig. Wenn das Geld wirklich ausgegeben werden soll, dann wenigstens sinnvoll, z. B. indem man auch für VelofahrerInnen in den 30er und 50er Zonen eine Geschwindigkeitslimite einführt. Der Bremsweg eines Velos ist nicht kürzer als der eines Autos und beim Velounfall gibt es meistens zwei Verletzte.

**Christian Traber (CVP):** Die CVP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrats folgen und in dem Sinn den Ausführungen von Urs Schmid (FDP). Wir sind gegen die Neuanschaffungen, weil die vorhandenen Mittel, sprich die Radarkästen, ausreichen. Ich persönlich finde die neue Anlage am Bürkliplatz sinnvoll, weil sie die Rotlicht-Sünder stoppt. Dort überqueren sehr viele TouristInnen die Strasse in Richtung See, doch viele Autos rauschten bis anhin einfach bei Rot weiter. Die Kästen haben also sehr wohl eine Sicherheitsfunktion und sind nicht allein der Abzockerei wegen installiert worden.

**Marlène Butz (SP):** Die Anlage am Bürkliplatz hat eine weitere Funktion: Dass sich die Autos vom General-Guisan-Quai und die von der Talstrasse nicht gegenseitig blockieren, wenn sie zusammen auf die Kreuzung fahren. Das ist also eine Massnahme für eine flüssige Verkehrsführung. Ob die Radarkästen nun der Verkehrssicherheit dienen oder nur eine Einnahmequelle sind, ist eigentlich nebensächlich. In erster Linie geht es um die Eigenverantwortung jedes Einzelnen oder jeder Einzelnen, sich an die Regeln zu halten.

**Dr. Martin Mächler (EVP):** Es ist wichtig, dass gewisse AutomobilistInnen lernen, dass Selbstdisziplin nötig ist. Dazu verhelfen vielleicht solche Anlagen. Zur bürgerlichen Seite: Die Geräte sind zwar nicht so billig, doch dafür vandalensicher, was den hohen Preis wieder rechtfertigt. Weil es immer Leute gibt, die viel zu schnell fahren, zahlt sich die Anschaffung schlussendlich wieder aus.

**Urs Fehr (SVP):** Jeder, der in dieser Stadt Auto fährt, weiss ungefähr, wo die Blitzkästen sind. Man sieht auf dem Tacho, wie schnell man fährt. Bei neueren Fahrzeugen leuchtet sogar die Digitalanzeige. Daraufhin verlangsamt man kurz und erhöht das Tempo automatisch wieder, sobald die Anlage passiert ist. Damit ist keine Sicherheit geschaffen.

**Marc Bourgeois (FDP):** Ich danke der EVP für ihr Votum. Dr. Martin Mächler (EVP) hat sich wörtlich an die Bürgerlichen gewandt und damit auch klar gemacht, dass er nicht bürgerlich ist. Genauso wie die Grünliberalen sich als Nichtbürgerliche geoutet haben.

Guido Trevisan (GLP) stellt den Antrag auf Halbierung der Redezeit.

**Mauro Tuena (SVP):** Das ist nicht förderlich. Es stimmt, dass wir noch relativ viele Anträge vor uns haben. Aber es gibt genauso Anträge, die einige Minuten mehr Zeit benötigen. Zweieinhalb Minuten sind faktisch nichts. Es ist wichtig, dass man die Begründungen liefern kann. Die Redezeit wird für die nächste Budgetdebatte überprüft. Aber jetzt, in der Mitte der Debatte so einen Antrag zu stellen, nur weil dir vielleicht das Thema nicht passt, ist heikel. Ich möchte darum bitten, den Ordnungsantrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag von Guido Trevisan (GLP) mit 58 gegen 59 Stimmen ab.

S. 209	25 2520 3111 0303	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffungen Maschinen, Geräte und Einrichtungen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
105.	Antrag Stadtrat			4'494'300	Minderheit 1	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL)
			50'000	4'544'300	Minderheit 2	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
			925'000	5'419'300	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Minderheit 2: Pilotversuch Helmkamera soll gestartet werden  
 Mehrheit: Beschaffung 5 neue semistationäre AVK-Anlagen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insb. bei Schulhäusern und Tempo-30-Zonen

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und der Minderheit 2.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (5'419'300) 71 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

2124. 2011/376

**Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 05.10.2011:  
Ausrüstung von Polizeiangehörigen im unfriedlichen Ordnungsdienst mit  
Kopfkameras als Pilotversuch**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Roland Scheck (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1828/2011): *Wir erleben in Zürich mit zunehmender Häufigkeit Gewalteskalationen, sei es an Sportveranstaltungen, illegalen Versammlungen oder anderweitigen Ausschreitungen gegen die Polizei. Sämtliche Beispiele zeigen, dass unterm Strich viel zu wenige Krawallmacher überführt werden. Eindämmen kann man Gewalt nur, wenn jedem klar ist, dass strafbare Handlungen lückenlos nachgewiesen werden und zu Konsequenzen führen. Doch der Polizei fehlen dafür ganz offenbar die erforderlichen Mittel. Der Videobeweis ist die effizienteste und kostengünstigste Lösung. Wenn jeder Polizist mit einer persönlichen Kamera jeden Augenblick seiner Begegnungen aufzeichnet, kann man jede Aktion akribisch genau rekonstruieren und untersuchen. Wir fordern nicht, dass die Polizei jetzt sofort flächendeckend mit der neuen Infrastruktur ausgerüstet wird, sondern wir fordern in einem ersten Schritt lediglich einen Pilotversuch. Solch ein Versuch kostet nicht viel, bringt uns aber Klarheit darüber, ob die Massnahme zu einer Verbesserung führt. Mit den Resultaten aus diesem Pilotversuch können wir hier im Rat noch mal darüber diskutieren und zusammen das weitere Vorgehen festlegen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Die von der SVP vorgeschlagene Massnahme ist völlig untauglich, um das angedachte Ziel zu erreichen. Die PolizistInnen sind im Einsatz und nicht darauf aus, permanent beweistaugliche Aufnahmen zu machen. Von der Effizienz ganz zu schweigen; viele Bilder wären vermutlich verwackelt, unscharf, deshalb unbrauchbar und vor Gericht nicht zulässig. Die Stadtpolizei und der Polizeivorsteher lehnen das Postulat ganz klar ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Alecs Recher (AL):** *Die AL hegt gewisse Sympathien für die Forderung. Anhand der Bilder könnte man nicht nur böse DemonstrantInnen überführen. Es hat auch schon Fälle gegeben, bei denen solche Fotos einen Freispruch der Anklage bewirkt haben. Sie können also durchaus tauglich sein. Wir lehnen das Postulat aber trotzdem ab, weil die Stadtpolizei seit längerem wieder massiv Bildmaterial sammelt und einen Umgang damit pflegt, den wir in keiner Art und Weise goutieren können. Diese fragwürdige Entwicklung wollen wir nicht noch mit Helmkameras unterstützen. Wir haben kein Vertrauen, dass damit sauber umgegangen wird.*

**Roger Bartholdi (SVP):** *Die Qualität der Bilder hängt vom Hersteller ab. Die Kameras sind im Einsatz bei berittenen PolizistInnen, aber auch bei diversen Armeeeinheiten und dies ohne Probleme. Es gibt genügend Polizeiverbände, auch in anderen Ländern, die das klar befürworten. Wir schlagen ein Pilotprojekt vor, um diese Sache zu evaluieren. Es gibt also keinen einzigen Grund gegen so ein Pilotprojekt zu sein.*

Das Postulat wird mit 25 gegen 96 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

---

## 2094. Antrag 107.

Wortmeldungen siehe Antrag 105.

S. 210	<b>25</b> <b>2520</b> <b>3151 0200</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Unterhalt Maschinen, Geräte, Einrichtungen, Korpsmaterial und Ausrüstung</b>				
		Verbesserung	Verschle- terung	Betrag		Stimmen
<b>107.</b>	Antrag Stadtrat			1'756'900	Minderheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP)
			20'800	1'777'700	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Beschaffung 5 neue semistationäre AVK-Anlagen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insb. bei Schulhäusern und Tempo-30-Zonen

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 50 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

---

## Antrag 108.

Wortmeldungen siehe Antrag 105.

S. 210	<b>25</b> <b>2520</b> <b>3180 0000</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
		Verbesserung	Verschle- terung	Betrag		Stimmen
<b>108.</b>	Antrag Stadtrat			4'176'500	Minderheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP)
			30'600	4'207'100	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)

Beschaffung 5 neue semistationäre AVK-Anlagen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insb. bei Schulhäusern und Tempo-30-Zonen

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 48 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

---

Antrag 109.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Kurt Hüssy (SVP):** Bei diesem Posten wollen wir knapp 10 % einsparen. Es soll nicht mehr budgetiert werden als im letzten Jahr. Die Lebensmittelpreise werden tendenziell eher günstiger, also ist auch mit mehr Personal nicht zwingend ein höheres Budget nötig. Wein und Spirituosen sind zudem nicht wirklich betriebsnotwendig und sollten eigentlich aus dem Sortiment gestrichen werden.

**Florian Utz (SP):** Das Budget kann problemlos gekürzt werden. Man muss aber wissen, was es bedeutet, hier 50 000 Franken zu streichen. Dadurch wird das Angebot an Biolebensmitteln und Schweizer Lebensmitteln verringert, weil wir die ausländische Ware billiger einkaufen können. Der SVP-Antrag ist ein direkter Angriff auf die Schweizer Landwirtschaft.

Weitere Wortmeldungen:

**Thomas Schwendener (SVP):** Das GUD ist für den zentralen Einkauf zuständig. Die 50 000 Franken würden wir vermutlich mit links sparen.

S. 210	25 2520 3135 0000	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Lebensmittel</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
109.	Antrag Stadtrat				600'000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
			50'000		550'000	Minderheit
						Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Enthaltung
						Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Lebensmittelpreise sinken. Wein, etc. ist nicht betriebsnotwendig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen zu.

---

S. 212	25 2520 4340 0102	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Entgelte für Arbeiten und Aufträge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
110.	Antrag Stadtrat				-4'005'000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
				675'000	-3'330'000	Minderheit
						Enthaltung
						Walter Angst (AL) Referent
						Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Reduktion Verrechnung sicherheitspolizeilicher Aufwand nach POG

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

## Antrag 111.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Bruno Amacker (SVP):** Die SVP verlangt, dass die knappen personellen Ressourcen für Tätigkeiten eingesetzt werden, die der Verkehrssicherheit dienen. Das Eintreiben von Geld durch Kontrollen beim ruhenden Verkehr zählt nicht dazu. Es wäre der Verkehrssicherheit dienlicher, wenn die Polizei am Morgen in der Stadt kontrollieren würde, wie viele AutofahrerInnen mit dem Natel telefonieren. Doch das scheint weniger lukrativ zu sein. Die Parkbussen sind umso ärgerlicher, als gleichzeitig die Anzahl der Parkplätze massiv abgebaut wird. Durch die verstärkten Kontrollen wird die Misere noch erhöht.

**Florian Utz (SP):** Die SVP setzt sich also neuerdings für Leute ein, die sich nicht an das Gesetz halten? Parkieren hat mit Sicherheit zu tun. Das ist nicht nur der Fall, wenn AutolenkerInnen mit ihren Fahrzeugen Feuerwehrausfahrten blockieren, sondern auch, wenn jemand sein Auto auf einem Veloweg abstellt, die VelofahrerInnen abrupt auf die Strasse ausweichen müssen und dadurch ein Unfall passiert.

S. 212	25	POLIZEIDEPARTEMENT					
	2520	Stadtpolizei					
	4370 0101	Ertrag aus Ordnungsbussen					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
111.	Antrag Stadtrat				-59'500'000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
				5'000'000	-54'500'000	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Aufgabe Polizei: Gewährleistung Sicherheit, keine Ahndung von Bagatellen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen zu.

## Antrag 112.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** Die Anschaffungen auf den Konti IT-Anlagen Hardware und wissenschaftlicher Dienst sind für Videoprojekte gedacht. Unter diesen Videoprojekten ist eine temporäre Übersichtsdarstellung von Grossanlässen und Sonderlagen, wie die Streetparade oder der 1. Mai, zu verstehen. Der Stadtrat will ein Videokoordinationssystem mit insgesamt 400 000 Franken schaffen, für das gar keine gesetzliche Grundlage besteht. Es geht um eine grossflächige Zusammenschaltung von sämtlichen Videokameras, die dazu dient, direkt vom Kommandoraum der Polizeizentrale aus die Stadt zu überwachen. Neben all den Fotoapparaten und Videokamerateams, die auf der Strasse im Einsatz sind, soll jetzt also noch dieses überflüssige Zusatzsystem kommen.

**Florian Utz (SP):** Natürlich sind auch wir von der SP besorgt darum, dass die gesetzlichen, einschränkenden Regelungen der Überwachung eingehalten werden. Trotzdem erachten wir es als nicht sinnvoll, dem Stadtrat die notwendigen finanziellen und technischen Ressourcen für Videoüberwachungsanlagen vorzuenthalten.

S. 213	<b>25</b> <b>2520</b> <b>501411</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Anschaffung von IT-Anlagen Hardware</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>112.</b>	Antrag Stadtrat				535'200	Mehrheit
			40'000		495'200	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP)
			Begründung: Verzicht auf Videoprojekte			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 23 Stimmen zu.

S. 213	<b>25</b> <b>2520</b> <b>501424</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Anschaffung Fahrzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>113.</b>	Antrag Stadtrat				550'000	Mehrheit
			250'000		300'000	Minderheit Enthaltung
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP)
			Begründung: Verzicht auf Anschaffung Einsatzfahrzeuge KP Front und Führungsunterstützung			

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

**2125. 2011/480**  
**Postulat von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 12.12.2011:**  
**Stadtpolizei Zürich, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der Anschaffung der Einsatzfahrzeuge KP Front**

*Dr. Martin Mächler (EVP) zieht das Postulat zurück: Nachdem wir nicht über die Fahrzeuge der KP Front reden und nachdem wir uns zum Thema ökologische oder weniger umweltverschmutzende Fahrzeuge später noch äussern werden, ziehen wir unser Postulat zurück.*

Mitteilung an den Stadtrat

**2094.** S. 213 25  
2520  
501425 **POLIZEIDEPARTEMENT**  
**Stadtpolizei**  
**Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Einrichtungen für wissenschaftlich-technische Dienste**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
114.	Antrag Stadtrat			1'540'000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		510'000		1'030'000	Minderheit Enthaltung	Walter Angst (AL) Referent Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne)

Begründung: Verzicht auf Videomanagement 350'000 und Ersatz Digicam 160'000

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

Antrag 115.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Die Fallzahlen sind deutlich rückläufig, also sind weniger Leute notwendig, um diese zu bearbeiten. In dieser Position können deshalb zwei Stellen gestrichen werden.

**Florian Utz (SP):** Es stimmt, dass die Fallzahlen gesunken sind. Der Grund dafür liegt darin, dass SchwarzfahrerInnen derzeit nicht mehr gebüsst werden können. Ab 2013 werden sich die Zahlen wieder angleichen. Nur um ein paar Monate Lohnkosten einzusparen, müssen nicht gleich zwei Leute entlassen werden. Dadurch geht Know-how verloren. Um wieder neue MitarbeiterInnen einzustellen, muss man zudem Personalwerbung beanspruchen und es fallen Kosten für Aus- und Weiterbildungen an. Eine andere Lösung: Die neue Strafprozessordnung führt zu einem dauerhaften Mehraufwand. Die Leute sind dort vorübergehend einsetzbar.

S. 214 25  
2525  
3010 0000 **POLIZEIDEPARTEMENT**  
**Stadtrichteramt**  
**Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
115.	Antrag Stadtrat			5'636'800	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		200'000		5'436'800	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: 2 Stellen können wegen sinkenden Fallzahlen eingespart werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 39 Stimmen zu.

Antrag 116.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Wir sollten keine Gebühren erheben, die gemäss kantonaler Gebührenordnung gar nicht erhoben werden müssten. Die 2 Millionen Franken sind einzusparen.

**Florian Utz (SP):** Der Grund für die Gebührensenkung sind die neuen kantonalen Richtlinien, die 2012 in Kraft treten. Deshalb sieht das Budget des Stadtrats eine Senkung im Umfang von 2,2 Millionen Franken bereits vor. Der Gesamtertrag ist sogar um 4,1 Millionen Franken tiefer, weil die SchwarzfahrerInnen nicht mehr gebüsst werden können. Eine weitere Reduktion lehnen wir aber ab, selbst dann, wenn es rechtlich möglich wäre. Sie würde einerseits zu einer Entlastung der GesetzesbrecherInnen führen, auf der anderen Seite aber zu einer Mehrbelastung der SteuerzahlerInnen.

Weitere Wortmeldungen:

**Bruno Amacker (SVP):** Da das Stadtrichteramt eine städtische und keine kantonale Stelle ist, kommen hier städtische Gebührentarife zur Anwendung. Das Problem ist jedoch ein anderes: Das Äquivalenzprinzip ist verletzt. Für 50 Franken Busse muss man 150 Franken Gebühren zahlen. Wenn man nicht eingetriebene Bussen als Aufwand verrechnet und auf der anderen Seite Gebühren so hoch ansetzt, dass die Bussen damit gedeckt werden, ist das rechtsstaatlich höchst bedenklich.

**Niklaus Scherr (AL):** Ich habe die SP immer als kommunale Partei wahrgenommen, die sich gegen die Vorschriften des Kantons verwahrt hat. Wenn es aber ums Geld eintreiben für die Stadtkasse geht, klebt die SP sklavisch am Staat. Gebühren treffen immer Menschen. Der geschlossene Rechnungskreis derjenigen, die schon mal von der Polizei geschnappt wurden, wird von der SP nun als kostendeckendes Prinzip nach sozialdemokratischen Grundsätzen vertreten.

S. 216	25 2525 4310 0000	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> Stadtrichteramt Gebühren für Amtshandlungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
116.	Antrag Stadtrat				-10'640'000	Mehrheit
				2'000'000	-8'640'000	Minderheit
						Enthaltung

Begründung: Weiteres Potenzial zur Gebührensenkung im Rahmen der kant. Gebührenordnung, zudem verstossen 3 Gebühren gegen das Äquivalenzprinzip

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 51 Stimmen zu.

Antrag 117.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Der Stadtratsbeschluss Planstellenbeschaffung Schutz & Rettung Zürich soll im Januar 2012 umgesetzt und das budgetierte Geld dafür bereitgestellt werden. Da hier Teilzeitstellen geschaffen werden sollen, beantragt die RPK-Minderheit die Kürzung. Wir haben grundsätzlich nichts gegen Teilzeitstellen, doch hier werden diese mit einer zunehmenden Zahl von Schwangerschaften begründet. Es stimmt, dass diese zugenommen haben. Die Minderheit glaubt jedoch nicht, dass man Schwangerschaftszahlen in Zukunft extrapolieren kann. Dazu kommt, dass die Stellen vor allem für Frauen geschaffen werden, während in anderen Abteilungen bei Schutz & Rettung keine Teilzeitarbeit möglich ist. Das finden wir bedauerlich. Solange diese Gleichheit noch nicht hergestellt ist, beantragen wir die Kürzung.

**Florian Utz (SP):** Unsere Stadt wächst; demzufolge benötigen wir mehr Stellen bei der Rettungssanität. Wenn man nicht mehr Stellen schafft, obwohl es mehr Verletzte gibt, braucht der Krankenwagen länger, um an Ort und Stelle zu sein. Das ist nicht im Interesse der Menschen in unserer Stadt. Die Teilzeitstellen sind vor allem für Mütter, die nach der Schwangerschaft erneut in den Beruf einsteigen und nicht gleich zu 100 % wieder arbeiten wollen. Wir sehen nicht, was daran falsch sein soll. Wenn wir die Teilzeitstellen nicht haben, geht Know-how verloren, weil die Mütter dann woanders arbeiten und Schutz & Rettung wieder ganz neues Personal suchen muss. Es ist doch kein Grund Florian Utz (SP), dass wenn nicht überall gleichviele Stellen geschaffen werden, ihr dort dagegen seid, wo sie geschaffen werden.

S. 217	<b>25</b> <b>2550</b> <b>3010 0000</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Schutz und Rettung</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
117.	Antrag Stadtrat				67'520'900	Mehrheit
			80'000		67'440'900	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Keine zusätzlichen Stellen für Teilzeitarbeit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen zu.

Antrag 118.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Wir sehen nicht ein, warum die Belastung in diesem Jahr höher sein soll, als beim Budget 2011. Einige Parteien sind offensichtlich mit einer Aufwandssteigerung von 490 Millionen Franken zufrieden und freuen sich über ein ausgeglichenes Budget, weshalb sie bei zusätzlichen Aufwänden nicht dagegen sprechen. Wir sind aber stringent in unserer Meinung und überzeugt, dass der Stadtrat durchaus weiss, wie und wo er sparen kann.

**Florian Utz (SP):** Die Löhne sind für Notärztinnen und Notärzte sowie Aushilfen im Ausbildungsbereich gedacht. Warum wir in der Stadt mehr Notärztinnen und Notärzte brauchen, ist offensichtlich. Genauso wenig sinnvoll ist es, bei den Ausbildungen im medizinischen Bereich zusammenstreichen zu wollen.

S. 217	<b>25</b> <b>2550</b> <b>3018 0000</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Schutz und Rettung</b> <b>Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV)</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>118.</b>	Antrag Stadtrat				632'300	Mehrheit
			287'600		344'700	Minderheit
						Enthaltung
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP) Samuel Dubno (GLP)
						Begründung: Keine Rechtfertigung für höhere Belastung gegenüber Budget 2/2011

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 29 Stimmen zu.

### Antrag 119.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Kurt Hüssy (SVP):** Hier scheint man sich zweimal verrechnet zu haben und dies nicht nur bei den 200 000 Franken, die der Stadtrat nun selbst wieder streichen will. Die Minderheit beantragt, den Posten gleichwie im letztjährigen Budget zu belassen.

**Florian Utz (SP):** Der Stadtrat hat 200 000 Franken zuviel budgetiert und von sich aus vorgeschlagen, diesen Betrag wieder herauszunehmen. Wo bei den weiteren 74 000 Franken der Fehler liegen soll, ist mir nicht ganz klar. Der SVP aber offensichtlich auch nicht.

S. 218	<b>25</b> <b>2550</b> <b>3099 0000</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Schutz und Rettung</b> <b>Übriger Personalaufwand</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>119.</b>	Antrag Stadtrat				700'000	
			200'000		500'000	Mehrheit
			274'200		425'800	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Begründung: Mehrheit: Korrektur Budgetierungsfehler; Minderheit: gemäss STR keine Notwendigkeit für eine Erhöhung

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (500'000) 97 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 120.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Der Betrag 2011 hat ausgereicht, weshalb ein Jahr später nicht schon wieder mehr budgetiert werden muss.

**Florian Utz (SP):** Die Erhöhung hat verschiedene Gründe. Ein Grund sind die höheren Fallzahlen bei Schutz & Rettung; mehr Fahrten führen logischerweise zu mehr Benzinverbrauch. Ein weiterer Grund sind die mutmasslich höheren Benzinkosten 2012. Steigen diese nicht, wird man das Geld auch nicht ausgeben. Wir könnten natürlich bei der Wartung der Fahrzeuge sparen und die Pneus weniger häufig ersetzen. Der SVP scheint es offensichtlich egal zu sein, wenn während einer Blaulichtfahrt dann mal einer platzt. Das ist keine sinnvolle Forderung.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Aufgrund der Budgetkürzung 2011 soll die Sicherheit nicht mehr gewährleistet sein?

**Florian Utz (SP):** Es gibt mehr Ausgaben für Fahrten und Benzin. Wenn man mehr Geld ausgeben muss, aber gleich viel Geld zur Verfügung hat, spart man an einem anderen Ort ein. In diesem Fall wäre das die Wartung.

S. 218	<b>25</b> <b>2550</b> <b>3130 0000</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Schutz und Rettung</b> <b>Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien</b>
		Verbesserung    Verschlech-    Betrag
		terung
<b>120.</b>	Antrag Stadtrat	2'410'000    Mehrheit
		702'000    1'708'000    Minderheit
		Stimmen
		Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Die Budgetmittel 2011 reichten gemäss Stadtrat aus

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 46 Stimmen zu.

---

S. 219	<b>25</b> <b>2550</b> <b>3149 0100</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Schutz und Rettung</b> <b>Kleinere Neu- und Umbauten: Zivilschutzanlagen und öffentliche Schutzräume</b>
		Verbesserung    Verschlech-    Betrag
		terung
<b>121.</b>	Antrag Stadtrat	505'000    Zustimmung
		360'000    145'000
		Stimmen
		Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Verschiebung Umbau Zivilschutzanlage Tannenrauchstrasse zur Prüfung, ob wirklich notwendig

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

## Antrag 122.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roland Scheck (SVP):** Ein Kostenanteil von 23 000 Franken soll für das 3D-Modell der Stadt Zürich auf dem Konto IT-Anlagen Hardware verbucht werden. Das 3D-Modell hat nichts mit dem Polizeidepartement oder mit IT-Hardware zu tun. Wir halten das paritätische Aufteilen von Aufwänden auf mehrere Konten und Abteilungen für falsch. Aufwände sollten immer vollumfänglich da geplant und abgerechnet werden, wo sie entstehen oder verursacht werden.

**Florian Utz (SP):** Die SVP hat vorher im Bereich Lebensmittelbeschaffung eine Zentralisierung gefordert. In der ganzen Stadt solle etwas für alle gemacht werden. Beim 3D- Stadtmodell geht es genau darum. Es gibt eines für alle Ämter in der ganzen Stadt. Jedes Amt leistet seinen finanziellen Beitrag dazu; nur so kann man Kosten sparen.

S. 219	<b>25</b> <b>2550</b> <b>3152 0000</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Schutz und Rettung</b> <b>Unterhalt IT-Anlagen Hardware</b>				
			Verbesserung	Verschle- terung	Betrag	Stimmen
<b>122.</b>	Antrag Stadtrat				70'900	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		23'000			47'900	Minderheit
						Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: 3D Stadtmodell-Beitrag hat nichts mit IT Unterhalt zu tun

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 28 Stimmen zu.

---

## Antrag 123.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Die Stadt ist nicht untergegangen mit dem Budget 2011 und auch die Sicherheit hat darunter nicht gelitten. Der Betrag ist zu streichen.

**Florian Utz (SP):** Bis und mit 2009 sind höhere Beträge eingestellt gewesen; jetzt geht man wieder auf dieses Level zurück. Dass 2010 und 2011 tiefere Beträge bugetiert wurden, liegt am benötigten Geld für die Grossprojekte Tram Zürich-West und Hardbrücke. Die Sanierungen wurden deshalb in beiden Jahren zurückgestellt. Man kann diese bis zu zwei Jahre aufschieben, aber im dritten Jahr muss man wieder etwas machen.

S. 224 25 POLIZEIDEPARTEMENT  
 2555 Dienstabteilung Verkehr  
 3149 0101 Kleinere Neu- und Umbauten: Verkehrsregelungsanlagen

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
123.	Antrag Stadtrat		2'300'000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		900'000	1'400'000	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Die bis und mit 2011 budgetierten Beträge reichten immer voll und ganz

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

## 2126. 2011/443

### Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 30.11.2011: Sicherstellung der Submissionsverfahren bei der Sanierung der Lichtsignalanlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Roger Bartholdi (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2023/2011): *Man muss eine Submission durchführen. Natürlich kann man sagen, man hätte mit den bisherigen Firmen gute Erfahrungen gemacht; aber so verhindert man alle Submissionen und bleibt immer beim Alten. Doch eine Submission ist dazu da, Qualitätsansprüche zu stellen und diejenigen Firmen zu berücksichtigen, die im Preis-Leistungs-Verhältnis am besten abschneiden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Das Postulat ist unnötig. Die Stadt hält sich an die Submissionsverordnung. Wenn wir eine Anlage sanieren, bauen wir auf bestehenden Komponenten auf. Wenn ein Gesamtsystem ersetzt werden soll, vergeben wir freihändig, gestützt auf die kantonale Submissionsverordnung.*

Weitere Wortmeldungen:

**Roland Scheck (SVP):** *Die Durchführung von Submissionsverfahren führt zu Wettbewerb, aber auch zu einer fairen und transparenten Bewertung der verschiedenen AnbieterInnen. Der AuftraggeberIn soll am Ende den bestmöglichen Preis erzielen. Das ist ein bewährtes System, das in sämtlichen Branchen standardmässig praktiziert wird. So auch in allen Departementen der Stadt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Dienstabteilung Verkehr von diesem Instrument keinen Gebrauch macht. Die Sanierung von Lichtsignalanlagen wird traditionell nicht ausgeschrieben, man gibt den Zuschlag immer den bisherigen AnbieterInnen. Die Stadt saniert also seit Jahren ihre Lichtsignalanlagen zu einem Zürcher Preis. Gerade diese Budgetposition soll, gemäss dem Voranschlag des Stadtrats, überproportional stark anwachsen. Deshalb wäre es gegenüber den SteuerzahlerInnen mehr als fair, wenn die Stadt versuchte, für diese Arbeiten einen besseren Preis zu erzielen.*

**Roger Tognella (FDP):** Das Postulat verlangt nur, dass man nach Submissionsordnung ausschreibt. Wenn der Stadtrat sagt, dass dies schon geschieht, könnte er das Postulat ja auch ruhigen Gewissens entgegen nehmen. Mir ist jedoch noch nie aufgefallen, dass die Stadt irgendwelche öffentlichen Submissionen für Lichtsignalanlagen gemacht hat. Technisch waren die Lichtsignalanlagen sehr lange bahnbrechend in der Schweiz. Inzwischen gibt es aber ganz andere AnbieterInnen auf dem Markt. Das System in Zürich existiert in der alten Struktur weiter und ist nicht kompatibel mit modernen Systemen. Das ist eine künstliche Einschränkung von Wert, Wettbewerb und dem Markt.

**Irene Bernhard (GLP):** Das Postulat fordert nicht eine Durchführung nach Submissionsrecht, sondern eine öffentliche Ausschreibung, was nicht ganz dasselbe ist wie eine freihändige Vergabe. Doch auch wir stützen bei der Argumentation des Stadtrats. Wenn man Masten, Ampelgehäuse und Blenden ersetzen muss, warum kann nur von bisherigen AnbieterInnen die Austauschbarkeit mit schon vorhandenem Material oder Dienstleistungen gewährleistet werden?

Das Postulat wird mit 64 gegen 58 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2094.

**HOCHBAUDEPARTEMENT**

Antrag 165.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Die Zentrale Verwaltung des Hochbaudepartements musste 2011 den Gürtel enger schnallen und im Personalbereich sparen. Angeblich wurden die Funktionsfähigkeit des Betriebs und das Tagesgeschäft jederzeit mit grossem Einsatz des Personals sichergestellt. Was 2011 geklappt hat, kann auch 2012 klappen. Trotzdem wird mehr Geld eingestellt. Das beweist einmal mehr, dass die Stellenplafonierung Makulatur ist.

**Urs Schmid (FDP):** Das Budget 2011/2 ist gegenüber dem Budget 2011/1 um rund 258 000 Franken gekürzt worden. Um das Ziel zu erreichen, sind die notwendigen Stellen vorübergehend gar nicht besetzt worden.

S. 304	40 4000 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
165.	Antrag Stadtrat			4'148'600	Mehrheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		404'200		3'744'400	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Budget 2011 war ausreichend

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 19 Stimmen zu.

## Antrag 166.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Thomas Schwendener (SVP):** Die Anschaffung neuer IT-Anlagen ist überflüssig. Das Budget war 2010 bei rund 118 000 Franken. Aufgrund der Sparallianz 2011 wurde es auf 119 000 Franken erhöht und so belassen. Jetzt schraubt man plötzlich auf 170 000 Franken hoch, eine Erhöhung von fast einem Drittel. Wenn wir die Mietzinsen so aufstocken würden, hätte der Preisüberwacher oder die Preisüberwacherin viel Arbeit. Das Budget 2011 ist genügend.

**Urs Schmid (FDP):** Das Budget 2011 liegt unter dem Budget von 2010. Das Budget 2010 ist als Folge der städtischen IT-Strategie auf 249 000 Franken reduziert worden. Da sich der nötige Einsatz von nicht mehr unterstützender Software wegen personeller Engpässe verzögert hat, ist der Aufwand 2010 knapp unter 120 000 Franken ausgewiesen worden. Das Budget 2011/2 führt zu einer Unterbrechung der Zahlung des HBD-Anteils für das Projekt 3D-Stadtmodell. Zudem sind notwendige Lizenzen für bestehende Anwendungen nicht angeschafft worden. Im Budget 2012 ist dies alles enthalten.

S. 304	<b>40</b> <b>4000</b> <b>3113 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung Anschaffungen IT-Anlagen Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>166.</b>	Antrag Stadtrat				170'000	Mehrheit
			51'000		119'000	Minderheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Budget 2011 war ausreichend

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 25 Stimmen zu.

---

## Antrag 167.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Die externe Überprüfung zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Organisation der IMMO (Postulat Tozzi/Badran GR Nr. 2009/571) sollte selber wirtschaftlich sein. Die Verschlechterung des Budgets um 150 000 Franken für eine solche Fremdleistung ist überrissen. Die Aufgabe könnte günstiger, zum Beispiel mit BWL-Studenten, geleistet werden. Die SVP beantragt eine Kürzung um 50 000 Franken.

**Urs Schmid (FDP):** Die Mehrheit ist klar anderer Meinung und unterstützt den Antrag des Stadtrats.

S. 305    **40**                    **HOCHBAUDEPARTEMENT**  
              **4000**                    **Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung**  
              **3186 0000**                **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit**  
    **Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>167.</b>	Antrag Stadtrat		185'000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		50'000	135'000	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Externe Überprüfung unnötig, auf jeden Fall aber kostengünstiger möglich

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 25 Stimmen zu.

### Antrag 168.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Urs Schmid (FDP):** Die Minderheit 1 beantragt ihnen die Streichung dreier Architekturstellen im Bereich Ästhetik. Für uns ist die übertriebene Ästhetik, die die Stadt ausübt, nicht unterstützenswert.

**Walter Angst (AL):** Welche Abteilung im Amt für Städtebau ist denn die Abteilung Architektur für Ästhetik? Ich bin noch am rätseln, welche Stellen die FDP zu streichen gedenkt. Es werden zwei neue Stellen geschaffen. Eine Stelle in der Richt- und Nutzungsplanung und die andere im Bereich Architektur und öffentlicher Raum. Dort geht es um Beratung im Bereich Verdichtungen Ersatzneubauten, zusammen mit gemeinnützigen BauträgerInnen, grösstenteils Genossenschaften. Für die Neubesetzung dieser ProjektleiterInnenstelle sind 80 000 Franken im Budget eingestellt. Diesen Betrag möchten wir streichen. Die Stadt hat in ihrer beratenden Funktion einen klaren Auftrag zu verfolgen, nämlich eine quartier- und sozialverträgliche Verdichtung vorzuschlagen sowie zu ermöglichen. Sie sollte sich nicht schwerpunktmässig um die architektonische Qualitätssicherung bei der Bauproduktion kümmern. Die Stelle soll besetzt werden, die Erhöhung ist ausgewiesen, aber erst wenn klar ist, welcher Auftrag damit erfüllt werden soll.

**Christine Seidler (SP):** Die AL meinte, es sei hier nicht die Rede von grossen GrundeigentümerInnen, aber es ist wichtig, dass man sie in die kooperativen Planungsverfahren miteinbeziehen kann, zusammen Gestaltungspläne entwirft und die Stadt alles unter Beobachtung hat. Auf das Thema Verdichtung beziehen sich auch die beiden nachfolgenden Postulate, die eine Entwicklung von Leitbildern in Erwartung der grossen Strukturerneuerung verlangen. Wir müssen auf Quartier- und Siedlungsebene eine ökologische, ökonomische, aber auch sozialverträgliche Nachhaltigkeit erzielen. Genau diese Leitbilder muss jemand erstellen, dem die Minderheit 2 die Stelle streichen will. Die Mehrheit beantragt deshalb, dem Stadtrat zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

**Michael Baumer (FDP):** Schaut man sich die Bauprojekte an, die in der letzten Zeit bewilligt wurden oder eben auch nicht, stellt man fest, dass sich das Amt für Städtebau (AFS) sehr intensiv um die Ästhetik in Detailfragen kümmert und eben nicht um die städtebaulichen Massnahmen. Das kann nicht sein. Deshalb forderten wir eine Kürzung der 25 Stellen um 10 %, was die Streichung dreier Stellen bedeuten würde. Wir

möchten wenigstens einen Teilerfolg. Aus diesem Grund sind wir bereit, unseren Antrag zurückzustellen und die Minderheit 2 bei der Abstimmung zu unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** *Es geht hier nicht um private Räume, sondern um architektonische Beratungen im Baubewilligungsverfahren. Der Auftrag einer besseren Quartier- und Sozialverträglichkeit ist angekommen. Die Verwaltung wird dies entsprechend umsetzen und in die Beratung mit verschiedenen Genossenschaften einfließen lassen. Wir nehmen das ernst und sind auf dem Weg, weshalb ich darum bitte, das Postulat abzulehnen.*

S. 308		40		HOCHBAUDEPARTEMENT		
		4015		Amt für Städtebau		
		3010 0000		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
168.	Antrag Stadtrat			10'490'700	Mehrheit	Christine Seidler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		300'000		10'190'700	Minderheit 1	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)
		80'000		10'410'700	Minderheit 2	Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP)

Begründung: SVP/FDP: Übertriebene Aesthetik, 3 Stellen streichen; GLP/AL: Vorläufig Verzicht auf Besetzung Stelle Projektleiter im Bereich Architektur und öffentlicher Raum

Michael Baumer (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 54 gegen 69 Stimmen ab. Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 zugestimmt.

## 2127. 2011/453

### **Postulat von Dr. Richard Wolff (AL) vom 07.12.2011: Leitlinien für eine quartier- und sozialverträgliche Verdichtung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Dr. Richard Wolff (AL)** *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2056/2011): Es wird bereits über BeraterInnen geredet, die die Verdichtung auf die richtigen Wege leiten sollen. Im Moment wird je nach Gutdünken von Fall zu Fall verdichtet. Die Quartier- und Sozialverträglichkeit, die Menschen und die Qualität gehen dabei vergessen. Was uns fehlt, ist ein übergeordnetes System. Leitlinien, nach denen die StadtentwicklerInnen entscheiden und beraten können.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung (Wortmeldung siehe Antrag 168.).

Weitere Wortmeldungen:

**Christoph Spiess (SD):** *Die Verdichtung ist, egal ob sie intensiv oder langsamer vollzogen wird, niemals quartier- und sozialverträglich. Warum müssen wir überhaupt verdichten? Die ZürcherInnen brauchen alle nur eine Wohnung und nicht mehrere. Sie vermehren sich auch nicht auf wundersame Art und Weise, so dass mehr Wohnraum*

von Nöten wäre. Mit einer Verdichtung zieht man nur zusätzliche Bevölkerung nach, bringt noch mehr Hektik und Verkehrschaos nach Zürich. Die Sache ist einfach: Entweder man will die Verdichtung und nimmt damit in Kauf, dass sich die Lebensqualität der angestammten Bevölkerung verschlechtert oder man lehnt sie ganz ab. Wir sind eine Grossstadt und genug dicht.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Der Stadtrat hat den Wunsch schon verinnerlicht und betont, die Massnahmen seien auf einem guten Weg. Wir empfehlen das Postulat abzulehnen.

**Dr. Ueli Nagel (Grüne):** Mich interessiert es schon, warum der Stadtrat ein Postulat annimmt und das andere ablehnt. Beide gehen in die gleiche Richtung und sind eng miteinander verknüpft. Wir unterstützen beide Postulate. Die Sozialverträglichkeit ist oft verbunden mit ökologischen Kriterien, Qualitäten, die die Stadt durchaus noch hat und die beachtet werden müssen.

**Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP):** Gerade die SD müsste die Postulate unterstützen. Damit nicht noch mehr Wiesen in der Stadt verbaut werden, müssen wir verdichten. Natürlich gibt es auch schlechte Beispiele von Verdichtung wie z. B. Ghettoisierungen. Doch das wollen wir in Zürich nicht, weshalb wir Leitbilder benötigen. Der Stadtrat behauptet einfach ins Blaue hinaus, dass er schon alles in die Wege geleitet hat. Wir wollen das aber nicht nur vom Stadtrat hören, sondern auch wirklich Fakten sehen. Aus diesem Grund unterstützen wir die Postulate.

**Christine Seidler (SP):** Wir müssen in den Städten verdichten, weil die schweizerische Raumplanung nicht nachhaltig ist. Jemand der in der Agglomeration lebt, verbraucht, inklusive Erschliessung und Arbeitsweg, mehr Quadratmeter Land als jemand, der in der Stadt wohnt und arbeitet. Gerade weil dies ein heikles Thema ist, sollten wir uns nicht in der Vogel-Strauss-Taktik üben, sondern weitreichende Überlegungen zur Qualitätssicherung anstellen. Darum unterstützen auch wir das Postulat der AL.

**Christoph Spiess (SD):** Hier wird vorgegaukelt, die Entwicklung passiere fürs Volk. Es wird erzählt, Entwicklungen die zu Verdichtungen führen, seien unbeeinflussbare Naturereignisse. Entweder muss man also auf der grünen Wiese bauen oder Genossenschaftssiedlungen abreissen und zehn Stockwerke höher plus zehn Meter breiter bauen. Wir müssen aber nicht hinnehmen, dass die Nachfrage stetig höher wird. Es gibt keinen Zwang, so viele neue Leute anzusiedeln. Die Alternative ist, dass wir diese Aufblähung nicht wollen und deshalb nicht noch mehr Wohnraum zur Verfügung stellen.

**Mario Mariani (CVP):** Die Vorstösse sind zwar verwandt, haben aber einen wesentlichen Unterschied. Die AL verlangt Richtlinien zur Verdichtung über das ganze Stadtgebiet. Das ist problematisch und vermutlich auch der Grund, warum der Stadtrat ablehnt. Wir als CVP werden auch ablehnen, weil es kein Patentrezept für Verdichtung gibt. Dies ist von Quartier zu Quartier verschieden. Deshalb werden wir das Postulat der SP unterstützen. Wir finden es richtig, sozialverträgliche Leitbilder für ein bestimmtes Gebiet zu erarbeiten.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Man kann die SD nicht daran hindern, ihren Rousseauischen Naturmystizismus immer wieder hier auszubreiten. Doch das hat nichts mit einer modernen Stadtentwicklung zu tun. Die SD darf die Zuwanderung verteufeln, doch zu zweit wird sie sie schwerlich verhindern können.

Das Postulat wird mit 74 gegen 48 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

---

2128. 2010/34

**Postulat von Christine Seidler (SP) vom 20.01.2010:  
Soziale Nachhaltigkeit auf Quartier- oder Siedlungsebene, Erarbeitung von  
Leitbildern**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Christine Seidler (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5410/2010): *Wir fordern einen sorgfältigen Vorgang der Verdichtung, so dass kein Verdrängungsprozess von Leuten stattfindet. Die Strukturen von grossen genossenschaftlichen Überbauungen oder grossen Liegenschaften von GrundeigentümerInnen sollen langsam erneuert und ein Drittel stehen gelassen werden. Auch AnwohnerInnen, die die neuen Wohnungen nicht zahlen können, werden so im Quartier behalten.*

**Michael Baumer (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 3. Februar 2010 gestellten Ablehnungsantrag: *Es sollen nicht noch mehr Leitbilder erstellt und noch mehr Workshops durchgeführt werden. Dabei trifft man sich zwar, aber es passiert wenig. Mit ihrem Postulat will die SP sämtliche Wünsche erfüllen. Doch man kann nicht 30 Jahre lang einen Drittel sanft sanieren, wenn das Abstimmungsresultat den Bau von massiv mehr Wohnungen fordert. Dazu sollen Lohngrenzen in den Wohnsiedlungen eingeführt werden, dann kann man aber nicht die volle Durchmischung verlangen. Solche Wunschpostulate, die alles fordern, was auch noch nett wäre, lehnen wir entschieden ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Thomas Schwendener (SVP):** *Wir brauchen das Postulat nicht. Die Privaten wissen selber, was sie machen wollen. Man muss auch nicht 30 Jahre lang an einem Drittel festhalten, sondern nach den üblichen Bauvorschriften und Vorgaben bauen.*

Das Postulat wird mit 69 gegen 53 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

---

2094. Antrag 171.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Thomas Schwendener (SVP):** *Wir lehnen die vier zusätzlichen PraktikantInnenstellen ab. Diese sind unnötig und nicht ausgewiesen. Dazu müssen PraktikantInnen eingeführt werden, was Personalressourcen beansprucht.*

**Urs Schmid (FDP):** *Der Grund für den zusätzlichen Bedarf an Personal und PraktikantInnen liegt in der Ressourcenknappheit, insbesondere in den Bereichen Planung und Architektur. Diese Bereiche verzeichnen eine Zunahme an Grossprojekten, wie auch eine signifikante Zunahme der Komplexität einzelner Geschäfte.*

S. 308	<b>40</b> <b>4015</b> <b>3012 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Städtebau</b> <b>Löhne des Personals in Ausbildung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>171.</b>	Antrag Stadtrat				324'500	Mehrheit
			130'400		194'100	Minderheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Begründung: Notwendigkeit nicht gegeben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 172.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Bei diesem Budgetposten diskutieren wir über eine 400 % Erhöhung von etwa 50 000 Franken auf 200 000 Franken. TaucherInnenmaterial soll zwecks erhöhter Sicherheitsmassnahmen erneuert werden. Die Stadt hat sechs TaucherInnen ganzjährig angestellt. Was machen sechs archäologisch ausgerichtete TaucherInnen ein ganzes Jahr lang in dieser Stadt? Diese Stellen bieten sich an, 2012 ein wenig abzubauen. Drei von ihnen sollten gestrichen werden.

**Urs Schmid (FDP):** Ziel ist es, die Sicherheit der TaucherInnen bei ihrer Arbeit unter Wasser zu gewährleisten. Eine gründliche Prüfung vom Sicherheitsdispositiv und den damit verbundenen Prozessen zeigt Sicherheitsmängel auf, die mit den geplanten Anschaffungen behoben werden könnten. Beim Material handelt es sich um TaucherInnenmasken mit Funkausrüstung, die Entwicklung und Umsetzung diverser Sicherheitsmassnahmen bei der TaucherInnenausrüstung, eine Kamera und ein Vermessungsgerät mit unterwasserfähigem GPS.

S. 309	<b>40</b> <b>4015</b> <b>3111 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Städtebau</b> <b>Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>172.</b>	Antrag Stadtrat				200'500	Mehrheit
			75'800		124'700	Minderheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Begründung: zu hoher Taucherbestand, Material kann eingespart werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 173.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Thomas Schwendener (SVP):** Wir lehnen auch diesen Betrag ab. Das Gebiet um das Fraumünster ist archäologisch bereits bestens ausgewertet. Es sollten nicht noch grössere Baustellen verursacht werden. Deshalb schlagen wir eine Verbesserung von 1,5 Millionen Franken vor.

**Urs Schmid (FDP):** Auch hier handelt es sich um zusätzliche archäologische Arbeiten im Fraumünster- und Stadthausquartier im Zusammenhang mit den Werkleitungen durch das Tiefbaumamt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** TaucherInnen machen auch Archäologie, auch in anderen Seen gegen ein entsprechendes Entgelt. Wir haben eine hoheitliche Aufgabe und ein historisches Erbe; deshalb sind wir verpflichtet diese Ausgrabungen zu machen.

S. 309	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>				
	<b>4015</b>	<b>Amt für Städtebau</b>				
	<b>3180 0050</b>	<b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Archäologische Arbeiten</b>				
		Verbesserung	Verschle- terung	Betrag		Stimmen
<b>173.</b>	Antrag Stadtrat			3'623'000 -900000 N	Mehrheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		1'500'000		1'223'000	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Begründung: Knappe Finanzen: Fraumünstergelände archäologisch bestens ausgewertet

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 174.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** Die Planung des Kongresshauses soll um ein paar Jahre verschoben werden. Wir stehen erst am Anfang, brechen also nichts ab. Das Kongresshaus wird uns in den nächsten Jahren als Investition sehr belasten, insbesondere in der Realisierungsphase. Es wäre sinnvoll, angesichts des Bevölkerungswachstums und der dringenden Aufgaben in der Infrastruktur, bei diesem Projekt den Spargang einzuschalten.

**Urs Schmid (FDP):** Die im Jahr 2012 budgetierten Mittel für das Projekt Kongresszentrum umfassen den Wettbewerb inklusive Vorbereitung sowie das Vorprojekt. Eine detaillierte Aufschlüsselung zu den Ausgaben, kann erst nach dem Standortentscheid durch den Stadtrat gemacht werden.



der Qualitätssicherung, Professionalität und an einem gemeinsamen Boden, um die Projekte umzusetzen. Erst recht höhere Kosten würde eine externe Vergabe mit sich bringen. Im Endeffekt würden diese Kosten die momentanen der Fachstelle übersteigen. Das Postulat ist deshalb abzulehnen und dem Budget zu folgen.

**Michael Baumer (FDP):** Nur weil etwas eine lange Tradition hat, muss man es nicht automatisch beibehalten. Kunst soll im öffentlichen Raum nicht verhindert werden. Doch die Menge, die man umsetzt, verteuert das Bauen. Das ist ganz natürlich bei einer Fachstelle, die sich tagtäglich mit nichts anderem befasst und deshalb den entsprechenden Output produzieren will. Wir wollen einerseits günstige Wohnungen, schlagen aber dann bei Kunst und Bau 10 % auf. Man kann nicht beides haben: Billiger wohnen und obendrein superschön.

**Mark Richli (SP):** Es ist vollkommen sinnlos, eine Fachkommission durch irgendwelche anderen Dienste ersetzen zu wollen. Leute, die keine Sachkenntnis besitzen, sollen also zukünftig darüber entscheiden? Ich frage mich, was daran effizient sein soll.

**Thomas Schwendener (SVP):** In einem Zürcher Pflegezentrum gibt es Kunst am Bau in einem Aufbahrungsraum, was den Pensionierten offensichtlich nicht mehr viel bringt. Im selben Altersheim gab es ein weiteres Kunstobjekt, von dem niemand wusste, was es darstellen soll. Die Frage nach der Effizienz dieser Fachstelle erübrigt sich damit.

**Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP):** Fachstellen haben es im Moment schwer. Man muss sie einzeln anschauen und wenn nötig hinterfragen. Die Budgetdebatte ist jedoch nicht der richtige Zeitpunkt, den Leuten die Kündigung gleich unter die Nase zu halten. Deshalb unterstützen wir das Postulat, doch das Budget gewähren wir nicht. Wir wollen dem Stadtrat ein Jahr Zeit geben, damit er überlegen kann wie es mit der Fachstelle weitergehen soll.

S. 312	40 4020 3010 0000	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Hochbauten</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
175.	Antrag Stadtrat				14'129'300	Mehrheit Christine Seidler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
					300'000	Minderheit Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Enthaltung Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Aufhebung Fachstelle "Kunst am Bau"

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 48 Stimmen zu.

2129. 2011/269

**Postulat von Urs Rechsteiner (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 06.07.2011:  
Aufhebung der Fachstelle «Kunst am Bau»**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Markus Hungerbühler (CVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1541/2011).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe Antrag 175 (100. Sitzung, Beschluss-Nr. 2094/2011).

Das Postulat wird mit 63 gegen 58 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

---

2094. Antrag 177.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Christine Seidler (SP):** Auch wenn sich die SVP vehement für das Ziel einer 6000-Watt-Gesellschaft engagiert, hat das Volk trotzdem anders entschieden. Die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft ist vom Volk bestätigt, das heisst vom Souverän bestimmt worden. Das effizienteste Eignungspotenzial liegt zu einem hohen Teil einerseits im Mobilitätsverhalten, aber auch in der Energiebilanz von Gebäuden. Um das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen, braucht es innovative Lösungen unter Rücksichtnahme auf Denkmalschutz, Stadtbildqualität und Funktionalität.

**Heinz Schatt (SVP):** Ich fasse die Anträge 177, 180 und 181 unter der gleichen Argumentation zusammen. Die Beträge aus dem letzten Jahr wurden vom Stadtrat verdoppelt. Die Mehrheit der Kommission hat zudem angekündigt, dass man auf die fünf Millionen Franken noch zusätzliche drei Millionen Franken draufschlägt. Wir sind nicht gegen energetische und ökologische Massnahmen, aber hier stellt man der Verwaltung einen Blankocheck aus. Die Gefahr dabei ist, dass nicht die Vorhaben ausgeführt werden, die sinnvoll und wirtschaftlich sind sowie auch energietechnisch etwas bringen. Dafür werden die Projekte umgesetzt, die greifbar, vorhanden und schnell realisierbar sind. Das ist nicht der Volkswille. Wir sind bereit, der Verwaltung die letztjährigen Beträge aller drei Anträge zu gewähren. Falls sie jedoch mehr Geld benötigt, müssen konkrete Ideen vorgelegt werden.

**Urs Schmid (FDP):** Es handelt sich hier um eine Budgeterhöhung von 300 000 Franken infolge Aufhebung der für 2011 beschlossenen Budgetkürzung im Bereich der energetischen und ökologischen Sanierungsmassnahmen bzw. um eine Anpassung auf die Vorjahreswerte.

Weitere Wortmeldungen:

**Bernhard Piller (Grüne):** Zum Glück verlangen wir nur eine Million Franken Erhöhung auf diesem Budgetposten. Mit einer Million kann man nicht wahnsinnig grosse Schritte machen. Wir haben eine Erneuerungsrate von 1,2 % - 1,3 % beim Gebäudebestand. Wenn wir so weitermachen, benötigen wir 80 Jahre bis wir die 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich umsetzen können.

**Walter Angst (AL):** Die AL wird bei den Anträgen 177, 180 und 181 in die Enthaltung gehen. Diese Anträge wurden in letzter Minute gestellt. Alle, die dazu Rückfragen gestellt haben wissen, dass es sich hier um gezielte Projekte handelt. Leute müssen daran arbeiten und die Projekte aufgleisen. Die Grünen fordern einfach, dass der Stadtrat auf die Tube drückt. Doch dieser wurde von der Partei nicht gefragt, ob er noch Sachen in der Pipeline hat, die er mit dem zusätzlichen Geld, das ihm jetzt geschenkt werden soll, beschleunigen könnte. Die AL unterstützt die Fähnlianträge, weil sie weiss, dass alles beim alten bleibt und der Stadtrat versichert, das Geld nicht für irgendetwas auszugeben, was nicht geplant wurde.

**Michael Schmid (FDP):** Wir sollen noch mehr Geld zu sprechen, ohne wirklich Ideen oder Massnahmen zu sehen. Ich habe den Eindruck, dass schon zu viel Geld vorhanden ist und zu viele Dienstabteilungen darin involviert sind. Es ist eine Frage der Koordination und des Umsetzungswillens in der Stadtverwaltung, dass man mehr erreichen könnte mit dem Einsatz von Steuergeldern. Der Rat hat vor einem Jahr eine Motion überwiesen über die Gebäudedämmung im öffentlichen Raum. Diese sollte nicht länger einer Sondernutzungskommission unterworfen sein. Der Antrag wurde mit grosser Mehrheit überwiesen. Doch bisher ist in diese Richtung nichts passiert. Das wäre allerdings eine konkrete Massnahme. Einfach etwas zu machen, damit man sagen kann, man hätte etwas für die 2000-Watt-Gesellschaft getan, ist nicht originell.

S. 313	<b>40</b> <b>4020</b> <b>3141 0200</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Hochbauten</b> <b>Energetische/Ökologische Sanierungsmassnahmen in Liegenschaften des VV</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
177.	Antrag Stadtrat				1'000'000	Minderheit 1 Urs Schmid (FDP), Referent Präsident Dr. Urs Egger (FDP)
				1'000'000	2'000'000	Mehrheit Christine Seidler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			500'000		500'000	Minderheit 2 Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
			Begründung: Mehrheit: Umsetzung 2000-W-Gesellschaft; Minderheit 2: Budget 2011 war ausreichend			

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (2'000'000) 71 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Antrag 178.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** 45 900 Franken hat das Amt für Hochbauten im Jahr 2011 für externe Managementberatungen benötigt. Statt mit den Angestellten direkt Klartext zu reden, wurden jetzt noch 50 000 Franken mehr beantragt für externe Kader-Assessments und Gruppencoachings. Diese MitarbeiterInnenführungen sollten intern geregelt werden, weshalb die veranschlagte Summe abzulehnen ist.

**Urs Schmid (FDP):** Beim budgetierten Betrag von 95 900 Franken handelt es sich um einen Erfahrungswert, welcher für die Durchführung der Gruppen- und Einzelcoachings, der Assessments für Kadermitglieder und für den Strategieprozess im Rahmen der AHB-Organisationsentwicklung benötigt wird.

S. 313	40 4020 3186 0000	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>	Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag		Stimmen
178.	Antrag Stadtrat				95'900	Mehrheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			45'900		50'000	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Nicht notwendig, Budget 2011 war ausreichend

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 25 Stimmen zu.

---

Antrag 179.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Die Mitgliederbeiträge haben sich im Vergleich zum letzten Jahr verdoppelt. Die Stadt muss nicht überall dabei sein. Der Betrag ist zu streichen.

**Urs Schmid (FDP):** Die Mehrheit sieht das anders und beantragt, mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. 313	40 4020 3197 0000	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Mitgliederbeiträge</b>	Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag		Stimmen
179.	Antrag Stadtrat				20'000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			10'000		10'000	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Unnötige Mehrausgaben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 25 Stimmen zu.

## Gemeinsame Behandlung der Anträge 180. und 181.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Für beide Geschäfte wurden im Jahr 2009 Rahmenkredite bewilligt. Für die Energiesparmassnahmen in städtischen Liegenschaften veranschlagte der Gemeinderat 18 Millionen Franken und für dieselben Massnahmen in städtischen Wohnsiedlungen waren es zehn Millionen Franken. Deshalb kann man jetzt Gas geben und in beiden Fällen die Beträge von zwei auf drei Millionen aufstocken.

**Urs Schmid (FDP):** Es geht in beiden Fällen um Budgeterhöhungen infolge Aufhebung der 2011 beschlossenen Budgetkürzungen im Bereich der Beiträge für Energiemassnahmen in städtischen Liegenschaften. Den Anträgen vom Stadtrat ist zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen siehe Antrag 177.

S. 314	40 4020 563010	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Beiträge für Energiesparmassnahmen in städtischen Liegenschaften	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
180.	Antrag Stadtrat				2'000'000	Minderheit 1 Urs Schmid (FDP), Referent Präsident Dr. Urs Egger (FDP)
				1'000'000	3'000'000	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			1'000'000		1'000'000	Minderheit 2 Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)

Begründung: Mehrheit: 2000-Watt-Gesellschaft; Minderheit 2: Betrag gemäss Budget 2011

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (3'000'000) 70 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

## Antrag 181.

Wortmeldungen siehe Antrag 180.

S. 314	40 4020 563020	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Beiträge für Energiesparmassnahmen in städtischen Wohnliegenschaften	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
181.	Antrag Stadtrat				2'000'000	Minderheit 1 Urs Schmid (FDP), Referent Präsident Dr. Urs Egger (FDP)
				1'000'000	3'000'000	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

1'000'000	1'000'000	Minderheit 2	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
		Enthaltung	Walter Angst (AL)

Begründung: Mehrheit: 2000-Watt-Gesellschaft; Minderheit 2: Betrag gemäss Budget 2011

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (3'000'000) 70 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Antrag 182.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung. Es sollte möglich sein, Reinigungen und Hauswartungen mit der bisherigen Gesamtstellenzahl in der Stadt zu lösen.

**Walter Angst (AL):** Die SVP fordert eine Streichung der Stellenprozente beim Reinigungspersonal, nicht eine Arbeitsaufteilung innerhalb der städtischen Gesamtstellenzahl. Wir sollten nicht bei den Leuten sparen, die reale Tätigkeiten ausführen, sondern dafür sorgen, dass der Verwaltungsaufwand bei der IMMO nicht zusätzlich wächst.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Die Hauswartungsstellenprozente für die Reinigung hängen auch mit dem OIZ Siemens Albis zusammen, einer Vorlage, der die Bevölkerung 2009 zustimmte. Wir haben die Personalfolgekosten damals ausgewiesen. Es ist kurzsichtig, ein Gebäude zu bewilligen, ohne das Reinigungspersonal miteinzuberechnen.

S. 314	<b>40 4040 3010 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>182.</b>	Antrag Stadtrat		145'000		30'894'600 30'749'600	Mehrheit
			546'200		30'348'400	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Mehrheit: Neue Aufgaben im Finanz- und Rechnungswesen der IMMO kosten- und stellenplanneutral ausführen; Minderheit: Reinigung und Hauswartung muss im Rahmen der bisherigen Gesamtstellenzahl in der Stadt gelöst werden können

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (30'749'600) 83 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

## Antrag 183.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Bei diesem Budgetposten geht es schlicht und einfach um eine Kompensation der Sparrunde 2011. Wer im Kleinen nicht sparen kann, schafft es auch im Grossen nicht.

**Christine Seidler (SP):** Die Kunstsammlung der Stadt, die von der IMMO verwaltet wird, tätigt kleine Ankäufe von jungen KünstlerInnen. Es handelt sich hier also um kleine Beträge und das wird auch so bleiben. Die Ankäufe erfolgen nach klaren Richtlinien und klaren Qualitätsansprüchen.

S. 318	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3117 0101</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Anschaffungen Kunstgegenstände und Bilder: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>183.</b>	Antrag Stadtrat				50'000	Mehrheit
			25'000		25'000	Minderheit
						Enthaltung

Begründung: Keine Kompensation Sparrunde 2011

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 39 Stimmen zu.

---

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 101, Protokoll-Nr. 2094/2011).

## **E i n g ä n g e**

Es liegen keine Eingänge vor.

## **K e n n t n i s n a h m e n**

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 17. Dezember 2011, 08.30 Uhr.